

# Der politische Wille fehlt

Das Klimageld muss jetzt kommen

Im Januar bremste Klimaminister Habeck die Erwartungen einer Einführung des Klimagelds vor 2025. Es soll dem Ausgleich der zwar klimapolitisch notwendigen, sozial aber unausgewogenen CO<sub>2</sub>-Bepreisung dienen. Eine schnellere Umsetzung ist daher gerade in Zeiten hoher Energiepreise dringend geboten.

VON SVEN RUDOLPH

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit mit bereits heute dramatischen Folgen weltweit. Um ihn einzudämmen, ist die Einhaltung des Pariser Klimaschutzziels alternativlos. Und selbst wenn eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zunehmend unrealistisch erscheint, gilt es dennoch, jedes Zehntel Grad an zusätzlicher Erwärmung zu verhindern.

Hierfür braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen, darunter auch eine ambitionierte CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Ökonomen betonen seit Jahrzehnten deren ökologische und ökonomische Vorteile. Viele Regionen der Welt nutzen deshalb schon einen CO<sub>2</sub>-Preis. Mittlerweile unterliegen nach Recherchen der Welt-Bank rund 23 Prozent aller Treibhausgasemissionen einer solchen Bepreisung. Auch die EU setzt seit 2005 auf einen zunehmend wirksamen Emissionshandel für den Energie- und Industriesektor.

Und nach neuesten EU-Beschlüssen sollen auch der Verkehrs- und Gebäudesektor ab 2027 unter ein separates zweites EU-Emissionshandelssystem fallen. Deutschland hat eine ähnliche Idee bereits 2021 im nationalen Brennstoffemissionshandel umgesetzt. Der Emissionshandel gilt dabei als besonders effektiv, weil er nicht



Foto: augusta16

Der Geldbeutel wird schnell leer: Ärmere Haushalte sind relativ betrachtet von den Preissteigerungen im Bereich Energie mehr betroffen als reichere.

nur den Ausstoß klimaschädlicher Gase verteuert, sondern auch eine absolute Obergrenze erlaubter Emissionen implementiert.

Die dunkle Seite der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist allerdings ihre soziale Unausgewogenheit. Im vergangenen Jahr bestätigte eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, dass ärmere Haushalte einen vier- bis fünfmal höheren Anteil ihres Einkommens für Energie ausgeben als reichere Haushalte und damit auch relativ stärker von Preissteigerungen betroffen sind. Dies haben sowohl die EU als auch die Bundesregierung erkannt.

So sieht das neueste EU-Klimaschutzpaket die Einrichtung eines Klimasozialfonds ab 2026 vor, aus dem gezielt einkommensschwache Haushalte entlastet werden sollen. Hierfür würden schon, so eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesforschungsministeriums, die vorgesehenen 25 Prozent der Einnahmen aus dem geplanten zusätzlichen EU-Emissionshandel ausreichen.

Für den Brennstoffemissionshandel in Deutschland sieht der Koalitionsvertrag der Ampelregierung vorerst ein Klimageld vor, also die direkte Rückverteilung des Aufkommens aus dem Ver-

kauf von Emissionsrechten an die Haushalte. Gleichwohl hapert es in Deutschland an der Umsetzung.

Seit Monaten stecken Konzepte zur Zahlung des Klimageldes an die deutschen Haushalte im FDP-geführten Finanzministerium fest, mit dem Verweis auf das Fehlen eines direkten Auszahlungskanal, obwohl längst ausgearbeitete Vorschläge für eine alternative Direktauszahlung zum Beispiel über die Familienkassen vorliegen. Politische Uneinigkeit besteht offensichtlich aber auch hinsichtlich einer sozialen Staffelung, die die SPD vehement fordert.

Noch im Sommer 2022 schlug

Bundessozialminister Heil vor, das Klimageld nur bis zu einem Einkommen von 4000 Euro zu zahlen. Verschiedene Studien zeigen aber, dass gerade ein pro Kopf gleiches Klimageld nicht nur sozialpolitisch wirksam, sondern auch verwaltungstechnisch einfacher und damit schneller umsetzbar wäre. Tatsächlich fehlt es also nur an einem, um den Klimaschutz endlich sozial gerechter zu machen: dem politischen Willen.

● Dr. Sven Rudolph ist Referent für soziale gerechte Klima- und Energiepolitik beim Institut für Kirche und Gesellschaft.

## Zwischen den Fronten

Die Deutschen aus Russland und der Krieg in der Ukraine

In Deutschland wurden vor rund 20 Jahren 2,5 Millionen Menschen mit deutschen Wurzeln aus der ehemaligen Sowjetunion aufgenommen. Viele haben einen differenzierten Blick auf den derzeitigen Krieg zwischen Russland und der Ukraine.

VON EDGAR L. BORN

Tanja (Name geändert) und ihr Mann Alex haben in den 90er Jahren als Spätausgesiedelte in Deutschland Aufnahme gefunden – zusammen mit rund 2,5 Millionen Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Tanja ist Küsterin in einer westfälischen Kirchengemeinde. Für sie und ihren Mann war es keine Frage, die Familie ihres Schwagers aus der Ukraine bei sich aufzunehmen. Kurz nach dem Beginn des brutalen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 hatten sie die Ukraine verlassen müssen. Während Alex' Bruder und sein ältester Sohn dort blieben, um ihre Heimat

zu verteidigen, suchten die Schwägerin und die minderjährigen Kinder Zuflucht und Unterstützung bei ihren Verwandten.

Inzwischen sind viele Monate vergangen. Die Familie hat eine Wohnung gefunden. Die Kinder besuchen Kindergarten und Schule,

die Schwägerin nimmt an einem Sprachkurs teil und schaut sich nach Arbeit um. Die Sorge um den Ehemann und Vater, Sohn und Bruder ist immer da. Gott sei Dank sind sie noch am Leben.

Auf die Frage, was sie von diesem Krieg halten, zeigen sich Tanja

und Alex zunächst wortkarg. Tanja erzählt, dass sie sich auch noch um andere Familien aus der Ukraine kümmert. Sie begleitet sie als Dolmetscherin auf Ämter oder organisiert praktische Hilfe.

### Sich auf beiden Seiten informieren

Alex meint, dass es schwer ist, an Informationen zu kommen, die wirklich stimmen. „Ich kann ja russisch. Ich informiere mich auf beiden Seiten“, sagt er leicht trotzig. Auf die Nachfrage, was er damit meint, schildert er seinen Eindruck, dass die „hiesigen Medien nicht alles“ berichten. Im Internet fänden sich andere Darstellungen, sagt er vage.

Nicht wenige Spätausgesiedelte haben noch gut in der Erinnerung, wie ihre Ankunft in Deutschland medial begleitet wurde. Alex sagt: „Den Ausdruck ‚Sozialtourist‘ hat es damals noch nicht gegeben, aber

wir standen doch im Verdacht, vor allem in die Sozialsysteme einzuwandern zu wollen.“

Der Krieg in der Ukraine – und das spürt man Tanja und Alex an – macht sie vor allem traurig. Ihre Gedanken drehen sich nicht um die Frage, mit welchen Lügen Russland den Krieg rechtfertigt, sondern darum, wie sie ihren aus der Ukraine geflohenen Verwandten beistehen können. Sie beten, dass der Bruder und Neffe in der Ukraine am Leben bleiben.

● Edgar L. Born, Pfr. i.R., ist Sonderbeauftragter des Instituts für Kirche und Gesellschaft für die Fragen der Geflüchteten aus der Ukraine und die Deutschen aus Russland.

### Veränderung der Migrationsmuster

Olena Malynovska, Leitende Forscherin am Nationalen Institut für Strategische Studien der Ukraine in Kyjiw, meint: „Der russische Angriff auf die Ukraine hat alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens im Land radikal verändert – auch die Migrationsmuster.“ In den letzten Jahrzehnten bedeutete Migration vor allem Arbeitsmigration. Heute hat man es mit erzwungener Migration zu tun. „Mehr als ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine waren gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen und entweder innerhalb des Landes oder ins Ausland zu fliehen.“ Von den persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Menschen ganz zu schweigen. Ende Januar 2023 sind nach Angaben des UNHCR knapp fünf Millionen Menschen aus der Ukraine für vorübergehenden Schutz oder ähnliche nationale Schutzprogramme in Europa registriert (in Deutschland etwas mehr als eine Million Menschen). Dazu kommen noch einmal knapp sechs Millionen Menschen, die innerhalb der Ukraine auf der Flucht sind. Und fünf Millionen Menschen, die inzwischen wieder an ihren ursprünglichen Wohnort zurückgekehrt sind. Edgar L. Born

Die Beiträge auf dieser Seite kommen vom Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen.